

5.1 Presse

Nachfolgend sind die im Berichtszeitraum herausgegebenen Presseerklärungen, Pressekonferenzen und Interviews (soweit dokumentiert) aufgeführt:

2004

Januar

- ◆ Pressemitteilung „Dem Vorbild des amerikanischen Präsidenten folgen!“ Landesausländerbeirat fordert von Bund und Land eine Amnestie Illegaler (08.01.2004)

Februar

- ◆ Pressemitteilung: „Völlig überzogen und unzulässige Privilegierung!“ Landesausländerbeirat kritisiert CDU-Gesetzentwurf für ein Kopftuchverbot/Ausländerbeiräte wollen Gleichbehandlung und keine polemische Debatte (11.02.2004)

„Verfassungswidrig“

Grüne und Ausländerbeiräte wettern gegen Kopftuchverbot

VON MICHAEL GRABERSTRÖER

Häufige Kritik gibt es an dem Gesetzesvorhaben der CDU, das allen hessischen Beamtinnen das Tragen von Kopftüchern verbieten will. Der Landesausländerbeirat sieht darin einen Verstoß gegen das „staatliche Neutralitätsgebot“. Für die Grünen ist der Entwurf „schlicht verfassungswidrig“.

WISBADEN - 11. FEBRUAR - Der Kopftuchstreit hat mit der Vorstellung des CDU-Gesetzentwurfes für ein Kopftuchverbot in allen Amtsstuben Messen erreicht. In Hessen existiere „fiktional kein Problem mit Kopftuch tragenden Lehrerinnen an Schulen“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag Tarek Al-Wazir. Er wies der CDU-Landtagsfraktion vor, mit ihrem Gesetzentwurf, der weit über die Vorlagen anderer Bundesländer hinausgehe, der Integration „einen Bärendienst zu erweisen“. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Andreas Jürgens, nannte den CDU-Gesetzentwurf „schlicht verfassungswidrig“.

Die Grünen sehen in dem CDU-Vorhaben insgesamt eine Verletzung des „religiösen Neutralitätspflicht des Staates“. In dem Entwurf seien das „Christentum und dessen Symbole klar bevorzugt“. Damit wider-

spreche die CDU der „Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts“. Inhäupteten die Grünen. Die Islamisten in der CDU-Fraktion rufen sie auf, noch einmal zu versuchen, „eine Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zu verhindern“.

Nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (AGAB) verstoße der CDU-Gesetzentwurf zum Kopftuchverbot gegen das „staatliche Neutralitätsgebot“ und damit gegen den „Gleichbehandlungsgrundsatz religiöser Symbole“. „Entweder man verbietet alles oder gar nichts“, erkläre der Landesausländerbeirat. Der AGAB sieht in dem Gesetzesvorhaben der Christdemokraten „verbalen Ausgrenzung“ und das „Schüren von Bedrohungsängsten“, das den Weg Hessens zu mehr Integration steure.

FDP-Fraktionschef Jörg-Uwe Hahn warf den Grünen eine „voreilige Bewertung nach dem CDU-Schnellschluss“ vor und kündigte an, bei der Gesetzesberatung das „Augenmerk auf eine saubere juristische Ausführung“ zu legen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Frank Günthard, kritisierte, dass die Grünen, statt gegen die Unterjochung der Frauen durch das Kopftuch zu kämpfen, „sich dem politischen Islam unterwerfen“.

Frankfurter Rundschau, 12.02.2004

- ◆ Studiogast Hessischer Rundfunk – Hörfunk (HR 4 „Rendezvous in Deutschland“), türkischer Teil, Thema: „Hessischer Gesetzentwurf zum Kopftuchverbot liegt vor“ (15.02.2004)

März

- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Hanau (06.03.2004)

Ruf nach Gleichbehandlung der Religionen

70 Delegierte hessischer Ausländerbeiräte trafen sich in Hanau / Sorge über Kopftuch / Diskussion

VERLEHREND

Die hessischen Ausländerbeiräte wählten sich mehrheitlich auf die Kommission gegen den Islam zu. Auf dem Tagungsort in Hanau sprach die türkische Delegierte über die Kopftuchdebatte. Die Beiräte sind sich einig, dass die Kopftuchdebatte nicht nur ein religiöses, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Die Beiräte fordern, dass die Kopftuchdebatte nicht nur ein religiöses, sondern ein gesellschaftliches Problem ist. Die Beiräte fordern, dass die Kopftuchdebatte nicht nur ein religiöses, sondern ein gesellschaftliches Problem ist.



© Kreuz oder Kopftuch, hessischer Ausländerbeirat fordert die Gleichberechtigung aller religiösen Symbole

Frankfurter Rundschau 08.03.2004

- ◆ Pressemitteilung: „Landesausländerbeirat fordert Bleiberecht für Familie Ahmed“ (18.03.2004)

April

- ◆ Pressemitteilung: Fall Stoica u.a.: „Unwürdiges Tauziehen beenden“. Landesausländerbeirat fordert Altfallregelung des Hessischen Innenministers (01.04.2004)
- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk/Studiogast (HR 1 „Unterwegs in Hessen“), Thema: „Elternsprachkurse in Hessen“ (05.04.2004)

- ◆ Interview Rhein-Main-TV/Studiogast, Thema: „Integration – haben wir genug geleistet?“ (27.04.2004)

Mai

- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Wiesbaden (08.05.2004)
- ◆ Pressemitteilung: Familie Koyun/Abschiebung ohne Kinder: „Dreist und menschenverachtend“. Landesausländerbeirat kritisiert Verhalten von Ausländerbehörde und Polizei im Main-Taunus-Kreis (12.05.2004)

Juni

- ◆ Pressemitteilung: „Integration auf Hessisch“: Shooting-Star Fabrizio auf dem Hessentag. Interkulturelle Show mit vielen Künstlern und Infos am 20. Juni in Heppenheim (09.06.2004)



- ◆ Pressemitteilung: Hessischer Rundfunk: „Das Rendezvous muss bleiben!“ Landesausländerbeirat kritisiert Einstellung der Hörfunksendung „Rendezvous in Deutschland“ (15.06.2004)
- ◆ Pressemitteilung: Rendezvous in Deutschland: „Bildungsland Hessen auch für Migrant/innen?“ (27.06.2004)
- ◆ Pressemitteilung: „Enttäuschend“. Ausländerbeiräte kritisieren Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz (28.06.2004)

Juli

- ◆ Pressemitteilung: Anhörung zum Kopftuch-Verbot im Hessischen Landtag: „Ausländerbeiräte für Gleichbehandlung der Religionen“ (07.07.2004)

September

- ◆ Pressemitteilung:
„Landesausländerbeirat will Härtefallkommission in Hessen“. Aussetzung von Abschiebungen bis zum In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes verlangt (22.09.2004)

Oktober

- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Dreieich (09.10.2004)
- ◆ Interview dpa, Thema: „Ergebnisse der Plenarsitzung“, Dreieich (09.10.2004)
- ◆ Eckpunktepapier: Härtefallkommission unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Fachkompetenz gefordert (13.10.2004)

November

- ◆ Interview, Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema: „Ausländerbeiratswahl“ (11.11.2004)

Flüchtlinge

Ausländerbeiräte rügen Umgang mit Härtefällen

DREIEICH · 10. OKTOBER · DPA · Der Landesausländerbeirat Hessen hat die Landtagsentscheidung über die Härtefall-Kommission für Flüchtlinge kritisiert. „Wir fordern die Landesregierung auf, ein Gremium zu schaffen, in dem auch Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen sitzen“, sagte die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Agah), Ulrike Foraci, nach einer Delegiertenversammlung am Samstag in Dreieich (Kreis Offenbach). Der Landtag hatte am Mittwoch in Wiesbaden entschieden, dass in Hessen die Mitglieder des Petitionsausschusses die Aufgaben einer Härtefallkommission übernehmen. Diese Abgeordneten sollen sich um Flüchtlinge kümmern, deren Abschiebung humanitäre Gründe entgegenstehen könnten.

Nach Ansicht des Beirates ist der Ausschuss damit völlig überfordert. Um hundert über Verbleib oder Abschiebung eines Menschen in Deutschland urteilen zu können, mussten in dem Gremium auch Vertreter von Kirchen, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen sitzen. „Das sind die Sachverständigen, die sich seit Jahren mit Zuwanderern beschäftigen“, sagte die Geschäftsführerin. Als „Mogelpackung“ bezeichnete der Beirat das neue Zuwanderungsgesetz. Für den Großteil der Betroffenen werde sich nichts verbessern. Das Gesetz enthalte genauso viele Fallstricke wie die alten Regelungen zur Zuwanderung.

Die Delegiertenversammlung bestätigten den Spanier Manuel Parrondo im Amt des Agah-Vorsitzenden. Er bekam 97 Prozent der Stimmen.

Frankfurter Rundschau 11.10.2004

- ◆ Interview, Hessischer Rundfunk - Hörfunk, Thema: „Aktuelle integrationspolitische Debatte“ (16.11.2004)
- ◆ Pressemitteilung: „Das ist Zündeln in der Krise!“ Landesausländerbeirat geißelt unverantwortliche Integrationsdebatte und warnt Bundes- und Landespolitiker vor geistiger Brandstiftung (28.11.2004)

Dezember

- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Gießen (04.12.2004)

Kritik an Leitkultur-Debatte

Ausländerbeirat befürchtet das Anheizen von Fremdenhass

Die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (Agah) hat die aktuelle integrationspolitische Debatte scharf kritisiert.

GIESSEN · 6. DEZEMBER · EPD · Die Diskussion um „Leitkultur“ und Patriotismus fördere Fremdenhass und sei meist billiger Populismus, erklärte der Vorsitzende Manuel Parrondo in Gießen im Anschluss an eine agah-Delegiertenversammlung.

Alte Forderungen und Themen einer längst bewährten Praxis würden aufgewärmt, ergänzte Parrondo. Niemand stelle die Verfassung in Frage. Man dürfe nicht den Terrorismus in der Welt mit den Themen der Einwanderung vermischen, warnte der Vorsitzende. Gute Projekte kleinerer Kommunen würden durch die jetzige Debatte in Frage gestellt und müssten durch den

politischen Sparkurs eingestellt werden. Integration dürfe aber keine Einbahnstraße sein, sondern setze einen Dialog und gegenseitigen Respekt voraus, betonte Parrondo. Integrationsangebote würden, anders als in der Öffentlichkeit oft dargestellt, von den Migranten gut angenommen.

Hartz IV vereitelt Einbürgerung

Die Delegiertenversammlung diskutierte unter dem Motto „Vorwärts in die Vergangenheit?“ über Hartz IV und die Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten. Das Beantragen von Arbeitslosengeld II mache eine Einbürgerung fast unmöglich, sagte Parrondo. Eine Nachbesserung unter Berücksichtigung des Ausländerrechts sei nötig. An der Gießener Versammlung nahmen rund 80 Ausländerbeiräte aus Hessen teil.

Frankfurter Rundschau 07.12.2004

2005

Januar

- ◆ Interview Frankfurter Rundschau, Thema: „Prognosen für die Ausländerpolitik im Jahr 2005“ (07.01.2005)
- ◆ Interview Junge Welt, „Wir haben kleine Dinge geändert“ (12.01.2005)
- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Frankfurt (22.01.2005)
- ◆ Interviews Hessischer Rundfunk – Hörfunk und Fernsehen (hr 1 und „Hessen aktuell“) zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Frankfurt (22.01.2005)

- ◆ Pressemitteilung: „Integration – wir sind am Ball“. Landesausländerbeirat vergibt erstmals Fußball-Wanderpokal/Hessenweites Fußballturnier der Ausländerbeiräte am Samstag in Kassel (27.01.2005)

Februar

- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema: „Antidiskriminierungsgesetz“ (01.02.2005)
- ◆ Pressemitteilung: „Landesausländerbeirat begrüßt Einrichtung einer Härtefallkommission in Hessen“. Kritik an der Zusammensetzung des Gremiums und Ausschlussgründen (16.02.2005)

März

- ◆ Interview dpa (09.03.2005)

April

- ◆ Gemeinsame Presseerklärung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und der agah: „Türken mit deutschem und türkischem Pass sollen sich bis 30. Juni bei den Ausländerbehörden melden“ (16.04.2005)
- ◆ Ergänzende Pressemitteilung der agah: „Landesausländerbeirat startet Infokampagne“. Massive Kritik an kurzer Fristenregelung des Hessischen Innenministeriums/Landesausländerbeirat verlangt Bundesregelung zur erleichterten Wiedereinbürgerung (16.04.2005)
- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Geisenheim (16.04.2005)

Integration

Hilfe durch Sprachkurse

Das neue Zuwanderungsgesetz wird nicht viel ändern, weil die sogenannte Altfallregelung nicht beschlossen wurde. Deshalb werden auch in diesem Jahr Familien, die lang in Hessen leben, durch Abschiebung auseinander gerissen. Oft erwischt es diejenigen, die integriert sind. Die Sprachkurse für Vorschulkinder und Neuankömmlinge werden die Integration vorantreiben. Wie die Erfahrungen zeigen, ist das Interesse an solchen Angeboten groß. Die Kurse werden angenommen. Die Organisationsprobleme bei manchen Sprachkursen auf dem Land werden hoffentlich gelöst. Kontraproduktiv sind die Kürzungen der Landeszuschüsse für Integrationsprojekte. Sie verschärfen die Situation der jungen Ausländer. Ob die Kommunen die Lücke füllen können, ist fraglich. Die Arbeitsgemeinschaft Hessischer Ausländerbeiräte (AGAH) wird ihre Kritik an dem dreigliedrigen Schulsystem in Hessen fortsetzen. Erwiesenermaßen benachteiligt die frühe Auslese überproportional viele ausländische Kinder. Außerdem werden die sozialen Folgen der Hartz-IV-Reform uns sehr viel Arbeit bescheren. Wir rechnen mit einem sehr großen Bedarf an Hilfe und Informationen.



MANNUEL PARRONDO ist Vorsitzender des Landesverbandes der agah in Hessen und stellvertretender Vorsitzender des Bundesausländerbeirats.

Frankfurter Rundschau 07.01.2005

- ◆ Pressemitteilung: „Ausländerbeiräte in Hessen werden am 27. November 2005 neu gewählt“. Landesausländerbeirat startet Infokampagne/Infos unter www.auslaenderbeiratswahl.de (29.04.2005)

Kritik an Abschiebe-Plänen

Ausländerbeirat will Flüchtlinge bis zu letztem Beschluss schützen

Der hessische Landesausländerbeirat hat die Pläne der Landesregierung für eine Befristung des Abschiebestopps kritisiert. Nach sechs Monaten soll ein Ausländer das Land verlassen müssen – auch ohne Entscheidung des Petitionsausschusses.

GEISENHEIM/WIESBADEN · 17. APRIL · DPA · „Es ist unhaltbar, dass Flüchtlinge auch während eines laufenden Petitionsverfahrens abgeschoben werden könnten“, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), Manuel Parrondo, nach einer Delegiertenversammlung in Geisenheim. Der von der Grünen-Landtagsfraktion bekannt gemachte Erlassentwurf sieht vor, ausreisepflichtige Ausländer nach einer bestimmten Frist auch ohne eine Entscheidung des Petitionsausschusses abzuschicken. Ein unbefristeter Abschiebestopp ist in Hessen seit Jahrzehnten üblich. Das Innenministerium will künftig nur noch einen sechsmonatigen

Schutz zugestehen und beruft sich dabei auf das neue Zuwanderungsgesetz. Außerdem startete die agah eine Kampagne zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft.

Dies betrifft alle eingebürgerten Ausländer, die nach dem 1. Januar 2000 ohne Genehmigung zur deutschen ihre alte Staatsbürgerschaft angenommen haben. Damit haben sie automatisch die deutsche verloren. Nach Schätzungen der agah trifft dies auf etwa 5000 Ausländer hauptsächlich türkischer Herkunft in Hessen zu. Es seien aber auch Spätaussiedler aus der Ukraine, Kroatien und Lateinamerika betroffen. „Die meisten haben nie gedacht, dass es herauskommt“, sagte agah-Geschäftsführerin Ulrike Foraci. Die Arbeitsgemeinschaft will potenziell Betroffene mit mehrsprachigen Broschüren aufklären und rät ihnen, ihren Status zu überprüfen und vor Ablauf der Frist am 30. Juni einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis zu stellen.

www.agah-hessen.de

Frankfurter Rundschau 18.04.2005

Juni

- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Fernsehen, Thema „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit“ (02.06.2005)
- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Fernsehen, Thema „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit“ (03.06.2005)
- ◆ Interview Deutschlandfunk, Thema „Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit“ (07.06.2005)
- ◆ Gemeinsame Presseinformation des Hessischen Sozialministeriums und agah: „Integration auf Hessisch“: Interkulturelle Show mit vielen Künstlern und Infos am 24. Juni auf dem Hessentag in Weilburg (20.06.2005)
- ◆ Appell an die Konferenz der Innenminister der Länder: Bleiberecht für langjährig auf der Basis einer Duldung hier lebender Menschen (20.06.2005)

- ◆ Pressemitteilung: Eskalation in Dietzenbach. „Ausländerbeiräte fordern mehr Integrationsangebote in Dietzenbach“. Vermehrte Polizeistreifen reichen nicht aus (26.07.2005)

Das Dietzenbacher Spessartviertel gilt als Musterbeispiel für gewalttätigen sozialen Wohnungsbau in den 70er Jahren. Vergangene Woche kam es dort zu schweren Krawallen.

Kritik an Sozialabbau im Spessartviertel

Landesausländerbeirat warnt nach Krawallen in Dietzenbach vor populistischen Forderungen

VON WERKE BANNENFELD

Der Landesausländerbeirat kritisiert 4000 Ab- über Sozialleistungen im Dietzenbacher Spessartviertel, in dem es Krawalle gegeben habe. Der Anwalt eines Festgenommenen spricht zudem von überforderten Polizisten.

Am 27. Juni 2005: Die Bevölkerung im Spessartviertel solle „Ruhe bewahren und Provokationen verhindern, um keinen Anlass für weitere Polizeieinsätze zu geben“, heißt es in einer Erklärung der drei Vorsitzenden der AG der Ausländerbeiräte Hesse, Ingelbach sowie der Beiräte des Kreises Offenbach und Dietzenbach. In einem Hochhausvertrag mit 500 Bewohnern in der Kreisstadt habe es Auseinandersetzungen zwischen der überwiegend ausländischen Bevölkerung, Polizei und Feuerwehr gegeben. Un-

terdenaturierter Bewohner Siegang gewar- len, als ein junger Mann, dessen Mimik war.

Hausdiebstahl in dieser Zeit essen ter- 3, 28 für die Verletzungen der Ausländer- vertretungen „ein solches Indiz dafür, dass sties nicht stammt in dem Quartier, das seit Jahren in der Brand- und -eslamie Stadt im Stadtteil eingebunden ist. So er- ist un- verständlich, dass trotz einer Kriminalität von der Hausierer der dortige Hochhaus- macht von schärferen werden. Man muss aber auch sehen, dass Angehörige wie Mittel- anisiert und Bewohnern um von der Stadt eingeschleht oder abgelehnt werden sein, so wie auch Vorsitzender Ma- und Patronen. „Wir veranlassen einen Zu- sammentreffen zwischen dem Abgänger der- gebote und den Krawallen“, sagt er und kun- digt Gespräche mit Politikern an. Darauf- dem die Vorsitzenden: die Politiker auf,

„schänken aus vordergründiger, wahrhafti- schen Gründen als populistischen Forderungen- den verleben zu lassen.“ Dietzenbacher- gemeister Stephan Gieseler, CDU, habe von Abschreibungen und Überwachungska- minus gesprochen. Zum Verhalten der Poli- zel wollte sich Paragrafenoffizier nicht äußern. „Wer weiter drückt mit der Polizei.“

Verhaftungen an der Tagesordnung

Unterwasser versank Rechtsanwalt Karl- zähne Geilung zu klären, was genau pas- siert ist, als die Beamten seinen mehrfach vorbestraften Mandanten festhielten. Der Staatsanwalt ermittelte gegen den jungen Mann, seinen Bruder und seine Mutter we- gen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. So sagte ein Mann- dard, er sei mit gelbeschen Händen geschr- kein worden. Von der Polizei bestätigt sei, dass ein Polizist für Mütter und dem Bru-

in 1. Pfeilspray ins Gesicht spritzte. Das es zu den Krawallen kam, liegt nach Ansicht- Schulz, Meetings am Verhalten der Jubel- Heim Kontrolle und Verhaftungen gebe es- nagle in Speerservente. Doch hier habe- er die -Lasse- verhalte, dass „unge- und- menssächlich unterhalb der Beiräte „auf der Si- man- überfordert waren.“

„In einigen Tagen ist die Lage ruhig in- Dietzenbach, weil liegen haben wir bis in- die letzten Morgenstunden mit den Beamten- nern wieder und sie überzeuge, dass sie die- sind mit anderen Methoden klarer- müssen“, sagt die Streifenleiterin Annika- darz und Ursula Sarawey. Aus zwei- Grundes werde es auch ruhig bleiben: Die- laporal, bei ihnen nur Aufklärung in den- Ermittlungen und sie wollten in den- nachsten Tagen. Medienvertretern die Vor- alle aus der Sicht schädeln.

Frankfurter Rundschau 27.07.2005

August

- ◆ Interview DLF, Thema: „Ereignisse in Dietzenbach“ (02.08.2005)
- ◆ Interview Rhein-Main-TV, Thema „Ereignisse in Dietzenbach“ (03.08.2005)
- ◆ Pressekonferenz zum 1. Drehtag des agah-Kinospots zur Ausländerbeiratswahl 2005 (22.08.2005)

Wahlwerbung im Kino

Frankfurt. Ein Kinospot soll auf die hessischen Ausländerbeiratswahlen am 27. November aufmerksam machen. „Die Wahlbeteiligung vor vier Jahren lag lediglich bei 7,5 Prozent“, sagte Manuel Parrondo, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen in Frankfurt. Mit einer Rapperszene begannen auf dem Frankfurter Bör-

senplatz die Dreharbeiten für den Film, der drei Wochen vor den Wahlen in Kinos laufen soll. In 120 hessischen Kommunen und zwei Landkreisen mit mehr als 1000 ausländischen Einwohnern werden neue Ausländerbeiräte gewählt. Sie haben in den kommunalen Parlamenten keine Entscheidungsbefugnis, aber Rederecht und beratende Funktion.

Frankfurter Neue Presse 23.08.2005

September

- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema „Entscheiden die Türken die Wahl?“ (14.09.2005)
- ◆ Pressemitteilung: „Ausländerbeiratswahlen am 27. November 2005: Der Count-down läuft!“ Kandidaturen zum Ausländerbeirat müssen bis 22. September eingereicht sein (15.09.2005)
- ◆ Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Plenarsitzung, Hanau (24.04.2005)

Oktober

- ◆ Pressemitteilung: „Der Spot zur Ausländerbeiratswahl“. agah-Landesausländerbeirat startet hessenweite Kampagne (25.10.2005)
- ◆ Gemeinsame Pressemitteilung von agah und KAV: „Der Spot zur Wahl“ (30.10.2005)

November

- ◆ Hintergrundgespräch Hürriyet International, Mörfelden-Walldorf (01.11.2005)
- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema „Ausländerbeiratswahl“ (5.11.2005)

Kinospot spricht Jugendliche an

Ausländerbeiräte werben für Wahl am 27. November

FRANKFURT. Am 27. November finden die Wahlen der Ausländerbeiräte in rund 100 hessischen Kommunen statt. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, hat die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (Agah) einen Kinospot drehen lassen, mit dem sie vor allem Jugendliche ansprechen will. Bei der letzten Wahl vor vier Jahren hatten landesweit gerade einmal 7,5 Prozent der wahlberechtigten Ausländer ihre Stimme abgegeben.

„Zu wenige Menschen wissen von den Ausländerbeiräten“, sagte Manuel Parrondo, Vorsitzender der Agah, gestern in Frankfurt bei der Vorstellung des Wahlwerbespots. Dieser solle das Bewußtsein unter den Ausländern dafür schärfen, daß es ein Gremium für die Vertretung ihrer Interessen gebe. Das gelte besonders für die Jugendlichen, die dritte Generation von Migranten, so Parrondo. Denn während die erste und die zweite Generation meist noch in Vereinen organisiert seien, zeigten die Jugendlichen wenig Interesse

am Vereinsleben. Häufig seien es aber gerade die Vereine, die sich als Listen zur Wahl stellten.

Der Werbefilm zeigt Szenen aus dem alltäglichen Leben von Jugendlichen und endet mit dem Aufruf, zur Wahl zu gehen. Er wird in den drei Wochen vor der Abstimmung in den meisten hessischen Kinos ausgestrahlt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Großstädten, denn dort ist die Wahlbeteiligung besonders niedrig. In Frankfurt beteiligten sich am letzten Urnengang nur 4,7 Prozent der rund 140 000 Wahlberechtigten, Darmstadt bildete mit 2,5 Prozent das Schlußlicht.

Die Ausländerbeiräte sind die Interessenvertretungen der ausländischen Bevölkerung. Sie stehen den kommunalen Parlamenten beratend zur Seite. Entscheidungsbefugnisse haben sie aber nicht. Wahlberechtigt ist jeder Ausländer, der mindestens 18 Jahre alt und seit mindestens drei Monaten in seiner Kommune gemeldet ist.

makn.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.10.2005

- ◆ Interview Hessischer Rundfunk - Hörfunk, hr 2, Thema: „Ausländerbeiräte und Ausschreitungen in Frankreich“ (07.11.2005)
- ◆ Interview dpa, Thema: Ausländerbeiratswahl „Hessens Ausländerbeiräte ringen um Wähler“ (14.11.2005)
- ◆ Pressemitteilung: Amnestieregelung für Asylbewerber in Schweden: „Ausländerbeirat fordert Hessische Landesregierung zum Umdenken auf“ (17.11.2005)
- ◆ Pressemitteilung: Ausländerbeiratswahlen am 27. November: „Klares Signal für Ausländerbeiräte!“ Fast die Hälfte aller Bewerber sind Eingebürgerte oder EU-Ausländer/innen (21.11.2005)
- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema „Ausländerbeiratswahl“ (22.11.2005)
- ◆ Interview Kanal 7, Thema „Ausländerbeiratswahl“ (22.11.2005)
- ◆ Pressemitteilung: Ergebnisdienst zur Ausländerbeiratswahl (23.11.2005)
- ◆ Pressemitteilung: „Wählen gehen heißt: Die eigenen Interessen stärken!“ Landesausländerbeirat ruft zur Beteiligung an der Ausländerbeiratswahl auf (25.11.2005)

- ◆ Pressemitteilung: Ausländerbeiratswahlen: „Wahlbeteiligung leicht gestiegen“. Landesausländerbeirat sieht Trendwende (28.11.2005)

Dezember

- ◆ Interview Rhein-Main-TV/Studiogast, Thema: „Ausländerbeiratswahlen“ (04.12.2005)
- ◆ Pressemitteilung: „Bundesweite Altfallregelung überfällig“. Ausländerbeiräte unterstützen Vorstoß des Hessischen Innenministers (07.12.2005)
- ◆ Interview Hessischer Rundfunk – Hörfunk, Thema: „Bilanz 1 Jahr Zuwanderungsgesetz“ (30.12.2005)

Über viele Themen, zu denen sich die agah zu Wort meldete, wurde in der regionalen und überregionalen Presse berichtet.

Ausländer fordern Kommunalwahlrecht

Ein Kommunalwahlrecht auch für Ausländer, die nicht aus einem EU-Land kommen, hat der Vorsitzende der Kommunalen Ausländervertretung in Frankfurt, Hüseyin Sıtkı, gefordert. Lokalpolitiker „sollen sich dafür einsetzen, daß Ausländer dieses Recht endlich erhalten“, sagte er am Donnerstag abend bei der Vorstellung eines Kinowerbespots für die nächste Ausländerbeiratswahl am 27. November.

Für ein Ausländerwahlrecht sprachen sich auch die Landtagsabgeordnete der Grünen, Sarah Sorge, und der Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen, Manuel Parrondo, aus. Skeptisch zeigte sich dagegen Karl-Christian Schelzke, Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebunds. Er äußerte die Befürchtung, daß man sich ohne Beiräte der Sache der Ausländer weniger annähme. Parrondo entgegnete, das „Fernziel Gleichberechtigung“ sei noch nicht erreicht.

Für mehr Beteiligung der Ausländer am politischen Leben wirbt auch der Kinospot, der seit gestern in ganz Hessen zu sehen ist. Er soll helfen, das bisher geringe Interesse an der Ausländerbeiratswahl zu steigern. Beim jüngsten Urnengang im Jahr 2001 lag die Beteiligung hessenweit bei 7,5 Prozent, in Frankfurt sogar nur bei 4,7 Prozent. **mark.**

Frankfurter Allgemeine Zeitung 05.11.2005

Eigene Beiträge für deutsche und ausländische Zeitschriften sowie Handbücher ergänzten die Öffentlichkeitsarbeit durch Vorstand und Geschäftsstelle.